

Lieber Egon!

Den Entwurf der Vorlage für das Politbüro des ZK der SED

Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland

habe ich im engsten Kreis mit Genossen, die seit Jahren auf diesem Gebiet tätig sind, darunter mit der Genossin Herta König und Genossen Werner Polze, besprochen.

Es gibt bei voller Zustimmung aus unserer Sicht dazu folgende Bemerkungen:

1. Die in der Vorlage enthaltenen Entscheidungen bzw. Grundsätze sind von ersterangiger Bedeutung, um die weitere sozialistische Entwicklung in der DDR erfolgreich fortsetzen zu können und die Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung spürbar zu verbessern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden keine anderen Lösungen gesehen.

2. Es wird eingeschätzt, daß mit diesen Regelungen ein großer Nachholebedarf an Reisen von DDR-Bürgern in das NSW, insbesondere in die BRD aber besonders auch nach Westberlin, erwartet werden muß.

Es wird angenommen, daß zumindestens im nächsten Jahr etwa 5 Millionen DDR-Bürger in die BRD und weitere 5 Millionen nach Westberlin reisen werden. Im Vergleich zu diesen Größenordnungen ist der Bedarf an Reisen in das übrige NSW als gering einzuschätzen.

Diese Reisetätigkeit führt zu folgenden jährlichen Belastungen der DDR:

- Reisezahlungsmittel (15,- DM pro Person und Jahr) = ca. 150 Mio. DM
- Ausgleichszahlungen an die Deutsche Bundesbahn ca. 300 Mio. DM.

Das sind im Vergleich zum gegenwärtigen Umfang Mehrbelastungen für die DDR von ca. 300 Mio. DM.

3. Ich würde es deshalb unbedingt für zweckmäßig halten, unmittelbar nach Beschlußfassung und noch vor Veröffentlichung der Regelungen auf informellem Wege in Gesprächen mit der BRD-Regierung einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Ermöglichung dieser seit langem von der BRD angestrebten Regelung zu erhalten.

Mit den Bundesministern der BRD Schäuble und Seiters sollten, gegebenenfalls durch mich, Varianten zur Reduzierung der finanziellen Mehrbelastungen der DDR erörtert werden.

Hierbei sollten folgende Varianten im Mittelpunkt stehen:

- Seitens der BRD wird ein pauschaler Zuschußbetrag für den Reiseverkehr in einer Größenordnung von 300 bis 500 Mio. DM jährlich bezahlt. Dabei ist unbedingt einzuschätzen, daß von seiten der BRD Garantien bzw. Abrechnungen verlangt werden, wonach diese Mittel auch voll den Bürgern der DDR zugute kommen.
- Die BRD trägt den Minussaldo der Deutschen Reichsbahn im Verkehr zwischen der DDR und der BRD bzw. einen höheren Anteil davon.

Erfolgreiche Verhandlungen sind nur möglich, wenn dies rechtzeitig erfolgt und gleichzeitig mit der Verhandlungsvollmacht auch die verbindliche Zusage des Inkrafttretens der DDR-Regelung abgegeben werden darf.

21 Das Dokument ist von Krenz auf der ersten Seite mit dem handschriftlichen Rückvermerk: "Danke! Kr." versehen.

Gedanken von BRD-Politikern, für DDR-Bürger Fonds zur Finanzierung der Reisen in der BRD einzurichten, die gegen Mark der DDR in Anspruch genommen werden können, sollten nicht verfolgt werden.

4. Zu einem späteren Zeitpunkt (evtl. Mitte der 90er Jahre) sollte geprüft werden, inwieweit Möglichkeiten bestehen, alle 3 Jahre für DDR-Bürger einen Betrag in freien Devisen unter Berücksichtigung eines noch festzulegenden Umrechnungskurses für Auslandsreisen in das NSW bereitzustellen.

Mit herzlichen Grüßen
Alexander

Es existieren nur 2 Exemplare.

(Quelle: PdV)